Einzelpreis 25 Pfennig

**Bezugs-Preise:**
Inland: vierteljährl. durch die Post 3,- Rm. durch Kreuzband 3,60 Rm. Ausg. B monatl. 1 Rm
Deutschösterreich vierteljährl.: 4 Schilling.
Ausland: Viertelj. 1 Dollar.

**Anzeigen-Preise:**
Für die 10gespalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpfg., d. ganze Seite 600 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

# Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.
Fernsprecher: Lützow 8082
Postscheck-Konto: Berlin 88 714
Bankverbindung: Deutschvölk. Bank, Berlin W 57, Bülowstr. 101.
Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

## und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 43 | Berlin, den 24. Gilbhards (Oktober) 1925 | 6. Jahrgang

**Inhalt:** Das „Vertragswerk". — Das verratene Elsaß-Lothringen. (Schluß.) — Der „Antisemitismus" der Propheten. — Die völkische Bewegung. — Erweiterung der Einigung! — Bemerkungen zu dem Aufsatze: „Politisch irreführende Wortbildungen". — Drei Gerichtsurteile. — Büchereingang. — Beilage: Der Wortlaut der Locarno-Verträge. — Aus den Gauen. — An die nationale Jugend Großberlins!

## Das „Vertragswerk".

Die Locarno-Verträge sind von so großer Bedeutung, daß wir sie in der Beilage abgedruckt haben, damit die Leser des „Reichswarts" im Laufe der kommenden Wochen das Material zur Beurteilung von Reden und politischen Aktionen usw. zur Hand haben. Ein wichtiger Teil des notwendigen Materials: die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei liegt zur Stunde noch nicht im Wortlaut vor. Es ist zu hoffen, daß auch sie in der nächsten Nummer des „Reichswarts" gebracht werden können.

Für heute sei nur eine kurze allgemeine Bemerkung zur Beurteilung des Vertrages hier gegeben. Die Regierung und die Paktparteien mit ihrer Presse zeigen einen naiven Stolz auf das „Vertragswerk". Man hat, noch allgemeiner betrachtet, den Eindruck, daß sich die leitenden deutschen Persönlichkeiten mit ihren Bewunderern und ihrem sonstigen Anhange noch gar nicht recht innerlich in die Rolle des „Gleichberechtigten" hineinfinden können, daß sie vollends sich nicht bewußt sind oder aber bewußt vergessen, daß bei dieser Rolle des Gleichberechtigten der Schein den größten Teil ausmacht. Wenn man so die Herren der Regierung usw. sieht und hört, hat man den weiteren Eindruck, daß sie sich seit Locarno gehoben, in eine höhere Klasse versetzt fühlen, noch nicht recht wissen, wie sie sich als nunmehr anerkannte Angehörige des internationalen Diplomatenstandes benehmen sollen, nämlich, so daß man ihnen die Neuheit, die Römer sagten: „Homo novus" möglichst nicht anmerke. Dieses Experiment glückt bis jetzt nicht, und die Deutschen können damit die hohe Genugtuung und den ästhetischen Genuß haben, ihre „Staatsmänner" in gespreizter Selbstgefälligkeit einhergehen zu sehen und sprechen zu hören. Ein deutscher Moliere hätte hier einen wundervollen Vorwurf für einen modern diplomatischen: „Bourgeois-Gentilhomme." — Man muß auf diesen Punkt hinweisen, nicht aus Lust einer bösen Zunge, sondern weil die naive Gespreiztheit der deutschen Helden von Locarno eine politische Schwäche ist, nach außen wie im Innern.

Schon als die Delegierten Marx, Stresemann und Luther vor vierzehn Monaten von der Londoner Konferenz zurückkamen, erzählten sie und ihre Sprachrohre einen Heldensang, was die Delegierten in der britischen Hauptstadt alles erduldet und geleistet hätten. Aber nicht allein das, es sei auch Erkleckliches erreicht worden. Zum letzten Punkte beiläufig das folgende: Der frühere französische Ministerpräsident Herriot erklärte in voriger Woche in öffentlicher Rede: die militärische Räumung der Ruhr habe Frankreich in die Lage gesetzt, Marokko zu verteidigen. Damit ist die offiziöse Legende der Wilhelmstraße erledigt, daß die Räumung des Ruhrgebietes der diplomatischen Kunst Herrn Dr. Stresemanns zu verdanken sei.

Die Locarno-Verträge, insbesondere der Hauptvertrag, sind, wenn man in sie eindringen will, kein einfacher und klarer Lesestoff. Dem Vernehmen nach, hat der eigentliche Locarno-Vertrag im wesentlichen dieselbe Fassung, welche ihm seinerzeit die Juristen der Vertragsmächte in London gegeben haben. Auf eine Reihe einzelner Punkte soll im Laufe der kommenden Nummern des „Reichswarts" eingegangen werden. Heute sei nur das eine vorausgeschickt, daß juristische Schlüssigkeit von vornherein keine Garantie für praktisch politische Brauchbarkeit eines internationalen Vertrages bildet, dessen Inhalt lebenswichtige Fragen aller Vertragschließenden enthält; — vertragschließender Mächte, deren Interessen, abgesehen lediglich von Belgien und Frankreich, weit auseinandergehen, oder sich gegensätzlich gegenüberstehen. Man muß es sogar, besonders vom Standpunkte des machtlosen vertragschließenden Staates als höchst gefährlich, ja als einen ständig wirkenden Nachteil betrachten, wenn der Vertrag bestrebt ist, durch juristische Dialektik die Machtlosigkeit ebenso zu verschleiern, wie den unbeseitigten Gegensatz der Interessen zwischen Deutschland und den anderen vertragschließenden Mächten.

Wir Völkischen haben die Paktpolitik und die Völkerbundspolitik als Ganzes von vornherein abgelehnt und tun es noch. Die in der neulichen Entschließung ausführlich dargelegten Gründe bestehen nach wie vor. Diese Tatsache entbindet aber nicht von kritischem Eingehen auf die Verträge und Abkommen von Locarno, einmal, um den Kampf der nächsten Wochen möglichst wirkungsvoll zu führen und Schwankende herüberzuziehen, ferner, um auch nach außen hin politisch zur Geltung zu bringen, daß es in Deutschland eine politische Richtung gibt, welche die Lage erkennt, sich von ihrer Linie nicht abbringen läßt und sich für die Zukunft vorbereitet.

## Völkische Presse in Not!

**Die Geldknappheit und der allgemeine wirtschaftliche Tiefstand machen sich mit in erster Linie bei unserer Presse fühlbar und bringen diese in Gefahr.**

**Wer daher noch im Rückstand mit seinen Bezugsgeldern ist, wird dringend gebeten, diese baldigst an uns abzuführen.**

**Darüber hinaus appellieren wir an die Opferwilligkeit unserer wohlgesinnten Leser und Freunde und fordern sie hiermit — soweit sie irgend in der Lage sind und sie nicht schon letzthin unserm Aufruf in Nr. 39 folgend einen Beitrag zum Verbreitungsschatz gespendet haben — zu einer einmaligen**

### freiwilligen Umlage

**auf.**

**Jeder Betrag ist willkommen und dient letzten Endes zur Stärkung und Ausbreitung des völkischen Gedankens. Spenden werden auf das Postscheckkonto des „Reichswarts" (Berlin 88714) erbeten. Auch hier heißt es wieder: doppelt gibt, wer schnell gibt.**

## Das veratene Elsaß-Lothringen

(Schluß.)

In Elsaß-Lothringen herrscht das System französischer Unterdrückungspolitik. Bekanntlich sind die Franzosen auf diesem Gebiete Meister, auch in der Kunst, unterdrückte Länder und Völker von der Außenwelt möglichst hermetisch abzuschließen. Mit Elsaß-Lothringen ist ihnen das nicht recht gelungen. Immer mehr machen sich die Stimmen des unterdrückten Volks hörbar. Der Ton dieser Stimme ist stets: Selbstbestimmung, Selbständigkeit. Wir lassen einige Aeußerungen folgen:

Auf dem Vertretertag des „Hilfsbunds für die Elsaß-Lothringer im Reich" erklärte unter stürmischem Beifall der Bundesvorsitzende u. a.:

„Wir haben von uns aus keine Möglichkeit praktischer Einwirkungen auf die Entschließungen der Regierungen und des Reichstages, trotzdem aber verbleibt uns die Verpflichtung, in irgend einer Form zu den Dingen, an deren Anfangsstudium wir stehen, von unserem besonderen elsaß-lothringischen Standpunkte aus Stellung zu nehmen. Eine solche Stellungnahme hat in der Gesamtsitzung des Vorstandes vor einigen Wochen bereits stattgefunden. Der Bundesvorstand ist dabei von dem Standpunkte ausgegangen, den der Vertretertag des Hilfsbundes unter allseitiger Zustimmung in Weimar s. Zt. in der elsaß-lothringischen Frage eingenommen hat und der dahin geht, daß wir die elsaß-lothringische Frage durch den sogenannten Friedensvertrag nicht als gelöst betrachten, und daß wir eine endgültige Lösung dieser Frage nur durch die unbeeinflußte Stellungnahme des elsaß-lothringischen Volkes als möglich betrachten. Ebensowenig wie bei den verschiedenen politischen Umwälzungen der letzten Jahre ist auch diesmal das elsaß-lothringische Volk selbst bei der Gestaltung seines politischen Geschickes um seine eigene Ansicht gefragt worden. Die Fiktion einer Abstimmung, die Frankreich im Bewußtsein der Schwäche seiner Position aufgestellt hat, wird von uns mit Fug und Recht abgelehnt. Wenn wir also in dieser Frage das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das unsere früheren Gegner so oft im Munde führten und so wenig in die Praxis übersetzten, auch für das elsaß-lothringische Volk mit aller Energie in Anspruch nehmen, so folgt daraus für den vorliegenden Fall, daß wir weder Frankreich, noch Deutschland, noch irgend einem anderen Lande das Recht zuerkennen können, in welcher Weise es auch sei, über die Zukunft Elsaß-Lothringens die endgültige Entscheidung zu treffen. Mögen Frankreich und Deutschland vom Standpunkt ihrer Interessen machen, was sie wollen, unserer Ueberzeugung nach bleibt das Recht der elsaß-lothringischen Selbstbestimmung davon nicht berührt.

Mit einer anderen Ausdeutung der status quo-Garantie, die von irgendwelcher Seite versucht werden könnte, können wir uns nicht abfinden. Ebenso ist aber auch ein inneres Desinteressiertsein an der Erhaltung und Wahrung der deutschstämmigen elsässischen und lothringischen Kultur für uns ausgeschlossen, und würde uns eine seelische Haltung zumuten, wie wir sie ernsthaft nicht zu denken vermögen.

Das ist der Standpunkt, den der Geschäftsführende Vorstand und der Bundesvorstand in dieser wichtigen Frage angenommen haben. Es ist derselbe Standpunkt, der einige Wochen später auch in den „Heimatstimmen" zum Ausdruck gekommen ist. Es ist m. E. der einzig mögliche für uns, und ich würde es deshalb lebhaft begrüßen, wenn der Vertretertag möglichst einstimmig und ohne eine die Sache schädigende Debatte diesen Standpunkt sich zu eigen machen würde."

Aus Straßburg wird dem „Freiburger Tageblatt" geschrieben:

„Denn Deutschland kann wohl darauf verzichten, seinerseits mit Waffengewalt Elsaß-Lothringen zurückzuerobern, aber nach der modernen Auffassung, zu welcher sich im Weltkriege sämtliche Ententevölker laut und feierlich bekannten, obwohl sie dieselbe bei den späteren Friedensverhandlungen so jämmerlich verrieten, hat eine völkische Minderheit das Recht, für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, und dieses Recht steht ihr allein zu, weder ihrem linken noch rechten Nachbar, im gegenwärtigen Falle weder Frankreich noch Deutschland. Es war einer der schwersten Fehler der französischen Politik, daß sie nach dem Kriege eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen verhinderte.

Diese Gedankengänge sind heute Gemeingut der erdrückenden Mehrheit des elsaß-lothringischen Volkes, von Diedenhofen bis Basel. Man findet sie fast in der gesamten Presse, natürlich mit den durch Partei und anderen Interessen bedingten Abstufungen.

Mit unverblümter Deutlichkeit hat Sonntag, den 21. September, die kommunistische Partei der öffentlichen Meinung Elsaß-Lothringens Ausdruck gegeben. Auf einem Kongreß in Straßburg, beschickt von 710 Delegierten, welche 125 000 Arbeiter und Bauern vertraten, nahm sie einstimmig ein Manifest an, das verlangt:

1. Das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen, selbst bis zur vollständigen Trennung von Frankreich, wenn die Bevölkerung so entscheidet.
2. Eine Volksabstimmung, an der Männer und Frauen teilnehmen müssen.
3. Damit die Abstimmung richtig vorgenommen werden kann, vorherige Räumung von Elsaß-Lothringen durch die französische Zivil- und Militärbehörde.

Und bis diese grundsätzlichen Forderungen erreicht werden, verlangt die Partei unverzüglich:

1. Für jede Gruppe der Bevölkerung soll als Umgangssprache in Verwaltung, Gericht und Schule die Sprache dienen, für die sich die Mehrheit am Orte ausgesprochen hat.
2. Zurückziehung der französischen Beamten.
3. Das Recht der elsaß-lothringischen Soldaten, ihre Dienstzeit in Elsaß-Lothringen abzulegen.
4. Verwaltungsautonomie für Elsaß-Lothringen.

Diese Kundgebung der kommunistischen Partei hat schwer eingeschlagen. Auf Befehl der Regierung wurde sie von der Pariser Presse totgeschwiegen. Das kann ihre Bedeutung nicht mindern. Im Ausland horchte man auf, in Elsaß-Lothringen hat keine Zeitung der katholischen Volkspartei und der Demokraten auch nur versucht, ein Wort gegen die Forderungen der Kommunisten zu schreiben. Nur die Blätter der eingewanderten Franzosen und der Sozialisten bekämpften sie. Die Sozialisten tuen dies übrigens eingestandenermaßen nur aus Parteiinteressen, weil sie ihre antireligiösen Ziele bei Frankreich eher erreichen können. Zum ersten Male seit dem Waffenstillstand hat im Elsaß eine organisierte Partei, welche bei den letzten Wahlen 55 000 Stimmen erhielt in Elsaß-Lothringen, die einen Vertreter im Parlament hat, zahlreiche Mitglieder als Gemeindevertreter in vielen Orten, der französischen Idee in Elsaß-Lothringen eine glatte Absage erteilt.

Es ist ja bekannt, daß seit dem 9. Mai in Zabern eine Wochenschrift erscheint, „Die Zukunft", welche ausdrücklich auf ihrem Programm hat, Autonomie für Elsaß-Lothringen. Sie fügt allerdings hinzu, im Rahmen Frankreichs, aus leicht begreiflichen Gründen."

## Der „Antisemitismus" der Propheten.

Es gibt eine Kategorie evangelischer Geistlicher, die in aller Aufrichtigkeit erklären, sie seien Antisemiten, erfüllt von der Verderblichkeit und Verwerflichkeit des Judentums. Man dürfe aber den „Antisemitismus" nicht auf das Alte Testament übertragen, vor allem nicht auf die Propheten. Diese seien vielmehr selbst Antisemiten gewesen. Die Propheten selbst gäben uns vorzügliche Waffen, gegen die Juden von heute. Die Völkischen begingen auch eine taktische Torheit, da sie mit den Propheten ebenfalls deren, sozusagen als authentisch beglaubigte Anklagen gegen das Judentum als Waffen verwürfen. — Es ist das ein Gegenstand, über den auch in völkischen Kreisen die Meinungen nicht selten auseinandergehen. Manche haben sogar die Hypothese aufgestellt, die Propheten seien nicht eigentlich Volksgenossen der Juden gewesen. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten, im übrigen steht für eine erhebliche Anzahl der Propheten ihre Herkunft geschichtlich fest. Bei anderen, wie z. B. dem sogenannten zweiten Jesajas und dem dritten Jesajas ist sogar der Name unbekannt, während ihre Worte und Ton keine Merkmale aufweisen, die auf nicht-jüdische Abkunft Schlüsse gestatteten. —

Der sonderbare Meinungsstreit, sonderbar gerade in völkischen Kreisen, führt sich auf mehrere Ursachen zurück, zumal auf das Donnern der Propheten gegen ihr Volk und die angebliche ethische Höhe ihrer Anschauungen. Das: